

Antrag

der Abgeordneten **Königsberger, Waldhäusl, Ing. Huber, Landbauer,
Dr. Krismer-Huber** und **Weiderbauer**

betreffend: **FPÖ-Seniorenmodell für NÖ – Bürokratieabbau statt Hürdenlauf**

226.000 aller Menschen über 65 Jahre sind in Österreich von Einkommensarmut betroffen. 53.000 sind manifest arm. Eine Zahl, die nicht nur erschreckend ist, sondern deutlich macht, dass es höchst an der Zeit ist, unseren Senioren endlich unter die Arme zu greifen und Taten zu setzen, um diese Entwicklung zu stoppen. Denn hinter dieser Zahl verbergen sich 226.000 einzelne – teils dramatische – Schicksale von alten hilfsbedürftigen Menschen, die unter schlechten Wohnsituationen, mangelndem finanziellen Spielraum, sozialer Isolation und einem erhöhten Risiko zu erkranken tagtäglich zu leiden haben.

Ebenso deutlich wie alarmierend sind die Zahlen der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich: 224.209 Pensionisten, davon knapp 40.000 in Niederösterreich bekommen nicht einmal die Mindestpension und waren 2014 auf Zuschüsse des Staates angewiesen. Während es sich Österreich im letzten Jahr geleistet hat, in Summe 1.161 EU-Bürgern – darunter sogar zwei Staatenlosen (!) – diese Unterstützung zu gewähren, wird die Beantragung der Ausgleichszulage für unsere Bürger oftmals zum Hürdenlauf. Um diesen Menschen, die ohnehin tagtäglich mit genügend Problemen konfrontiert sind, nicht auch noch unnötige bürokratische Bürden aufzuerlegen, wäre es zweifellos notwendig, den Zugang zur Ausgleichszulage wesentlich zu vereinfachen. Des Weiteren soll die Befreiung von Rezept- und Rundfunkgebühren als auch des Serviceentgeltes für die e-card nicht nur automatisch an den Bezug der Ausgleichszulage gekoppelt, sondern diese auch nicht mehr separat zu beantragen sein. Die jeweilige Pensionsversicherungsanstalt hat mit der Bewilligung auf Ausgleichszulage auch gleichzeitig alle Formalitäten betreffend Gebührenbefreiung mit den Krankenversicherungsträgern und der GIS zu erledigen.

Darüber hinaus wäre es für unsere armutsgefährdeten Pensionisten durchaus hilfreich, auch in Niederösterreich – analog zum Wiener Modell – einen Mobilpass einzuführen. Sowohl dessen Beantragung als auch die damit verbundenen Vergünstigungen und Ermäßigungen wie beispielsweise beim VOR oder Mietbeihilfen müssten ebenfalls im Zuge der Ausgleichszulagenbewilligung automatisch in die Wege geleitet werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ-Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für einen Bürokratieabbau bei Ausgleichszulagenbezieher aus.
- 2) Die NÖ-Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um diesbezüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten.
- 3) Die NÖ-Landesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, einen Mobilpass – analog zum Wiener Modell – einzuführen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozialausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 12. November 2015 möglich ist.